



Kiel, den 29. Januar 2026

Presseinformation

Ver.di lehnt Angebot der Arbeitgeberseite ab!

Nach mehrstündigen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Nahverkehr wurden die Verhandlungen auf den 18. Februar 2026 vertagt. Zuvor hatte ver.di das Angebot der Arbeitgeberseite abgelehnt.

Am heutigen 29. Januar 2026 fand die erste Verhandlungsrounde zu den Regelungen des Manteltarifvertrages für die Beschäftigten in Nahverkehr Schleswig-Holstein statt. Bei den Verhandlungen in Kiel ging es um die Rahmenbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr. Die Arbeitgeberseite wurde vertreten durch die 4 großen Nahverkehrsunternehmen aus Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck. Die durch ver.di im Vorfeld gestellten Forderungen beinhalteten, neben einer Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 100% die Einführung eines Urlaubsgeldes. Darüber hinaus beinhaltet die Forderung eine überproportionale Erhöhung aller Zuschläge, sowie Änderungen bei der Nachtarbeit und weiteren Pauschalen und Prämien. Auch wurde die Überprüfung und Anpassung sämtlicher Eingruppierungsmerkmale gefordert, die die Grundlage der Höhe der Gehälter darstellt. Die Forderungen würden zu einer Verteuerung der Kosten des Nahverkehrs von rund 10% führen.

„Eine derartige Kostensteigerung ist kontraproduktiv und in der Praxis nicht umsetzbar. Dieses auch vor dem Hintergrund, dass ab Juli 2026 weitere Tarifverhandlungen zu den Gehältern im Nahverkehr anstehen. Zweistellige Gesamtsteigerungen liegen weit oberhalb der Inflation und sind der Bevölkerung nicht vermittelbar“, so der stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses für die Nahverkehrsbetriebe des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein, Andreas Schulz von der Kieler Verkehrsgesellschaft mbH. „Der kommunale öffentliche Personennahverkehr in den kreisfreien Städten: Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck befindet sich im Spannungsfeld zwischen Verkehrswende und Finanzierbarkeit“, so Schulz. „Alleine die Umstellung auf elektrische Antriebe ist eine Mammutaufgabe. Die damit verbundenen Investitionen in Fahrzeuge, Ladeinfrastruktur und technisches Know-how binden über Jahre hinweg erhebliche finanzielle Ressourcen“, so Schulz weiter. „Die kommunalen Haushalte stehen unter erheblichem Druck. Die schwache Wirtschaftslage der vergangenen Jahre schlägt sich unmittelbar in geringeren Steuereinkünften der Städte und Gemeinden nieder.“

Dieses, ohne dass der Kostendruck, unter anderem bedingt durch unverändert hohe Energiepreise, zurückgegangen wäre“, resümiert Schulz.

„Um die Tätigkeit im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs für die Beschäftigten noch attraktiver zu gestalten, haben wir ver.di ein Einigungspaket angeboten, mit dem die Arbeitgeberseite schon weit über das wirtschaftlich vertretbare Maß hinausgegangen ist.“, so Jan Jacobsen, Verbandsgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein. Andreas Schulz ergänzt: „Durch das Angebot wird beiden Seiten Rechnung getragen und beinhaltet ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsfordierung. Die Arbeitgeber haben damit die Möglichkeit eines spürbar höheren Einkommens zugunsten der Beschäftigten geschaffen. Neben einer deutlichen Erhöhung der Jahressonderrichtung wurden auch attraktive Voraussetzungen für die Auszahlung von Vergütungsbestandteilen angeboten. Daneben haben wir Gespräche auf tariflicher Ebene zur Überarbeitung der Entgeltgruppen und für die betrieblichen Ebene für Zukunftsfragen im Wege von Betriebsvereinbarungen fest zugesagt“.

Das Angebot der Arbeitgeberseite wurde durch die ver.di Verhandlungskommission als zur Zeit nicht konsensfähig abgelehnt. Dieser Umstand ist laut Jacobsen bedauerlich, da die Beschäftigten im Nahverkehr anderenfalls schnell in den Genuss der neuen tarifvertraglichen Vorteile gekommen wären. Beide Seiten wollen sich jedoch bis zum zweiten Termin die Zeit nehmen, um Bewegungsspielräume intern zu diskutieren.

Die nächste Verhandlungs runde findet am 18. Februar 2026 in Lübeck statt.

Pressekontakt

Jan Jacobsen
Verbandsgeschäftsführer